Wollen wir selber wirtschaften lernen? : Ein Vorschlag der Wirtschaftspolitischen Kommission der SPS

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Preface**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **66 (1987)**

Heft 3

PDF erstellt am: **28.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Wollen wir selber wirtschaften lernen?

Ein Vorschlag der Wirtschaftspolitischen Kommission der SPS

Die wirtschaftspolitische Kommission der SPS hat sich an einer ihrer letzten Sitzungen mit der Frage befasst, ob und wie Belegschaften ihre Betriebe übernehmen könnten und wie Betriebe gegründet werden können. Denn der grosse Kompromiss, der am Programmparteitag in Lugano eingegangen wurde, lässt im Parteiprogramm jeden Raum für solche Fälle. Doch bisher ist in dieser Richtung wenig geschehen.

Die Kommission möchte in der Partei die Diskussion eröffnen, wie weit die Demokratisierungsarbeit in der Wirtschaft unternommen werden soll.

Die Programmstelle (Punkt 20, III) lautet: «Wir setzen uns für selbstverwaltete und genossenschaftliche Betriebe ein. Am einfachsten erreichen wir die Selbstverwaltung durch die Neugründung von Betrieben. Es ist aber auch erstrebenswert, bestehende Unternehmen schrittweise in selbstverwaltete Organisationsformen überzuführen.»

Die *schweizerische Gegenwart* zeigt an sich das Gegenteil solcher Bestrebungen. Grosse Firmen geben in der Aussenwirtschaft den Ton an, Kartelle riegeln die Binnenmärkte von Neuzuzügern ab, die Kapitalintensität verscheucht Neulinge. Immerhin bestehen ein paar selbstverwaltete Betriebe weiterhin und nehmen sogar leicht zu. Sie sind mit wenigen Ausnahmen in eher bescheidenen, wenig innovativen Nischen der Wirtschaftsstrukturen angesiedelt. Dagegen werden in den High-Tech-Dienstleistungsbranchen neuerdings recht viele Kleinunternehmen gegründet, die oft egalitäre Kapitalverteilung und Mitsprache der Betriebsangehörigen kennen. Einige dieser Unternehmungen machen allein soviel Umsatz wie alle selbstverwalteten Betriebe zusammen. Das ist kein Kriterium für sich, aber wenn die innere Struktur ebenfalls stimmt, dann mahnt dies zum Aufsehen.

Ferner kommen durch Generationenwechsel und ähnliche Fälle jährlich einige hundert, wenn nicht Tausende von Firmen zum Verkauf. Wären gut beratene und solidarische, motivierte Belegschaften vorhanden, könnten sie gerade so gut wie ein Aussenstehender eine Übernahmeofferte einreichen. Denn die Beiträge, die pro Arbeitsplatz hinzulegen sind, sind oft erstaunlich niedrig. (Auch Nationalrat Christoph Blocher zahlte seinerzeit bei der Übernahme der Ems Chemie AG für einen Arbeitsplatz nur etwa 10 000 Franken). Diese Summen könnten überdies fremdfinanziert werden oder aus Geldern der zweiten Säule finanziert werden.

In den *USA* arbeiten etwa 10 Millionen Menschen – jeder zehnte Beschäftigte – in Firmen, welche zumindest teilweise und in irgendeiner Form der Belegschaft gehören. *Schweden* hat die fünf grossen Lohn-Gewinn-Fonds eingerichtet, welche schon bald namhafte Teile des Industrievermögens besitzen werden. Aus anderen Gründen verfolgen die bürgerlichen Regierungen in *England* und in *Frankreich* das gleiche Ziel einer breiten Beteiligung der Belegschaften (nicht nur der Einzelnen) an der Firma.

Die *schweizerische Arbeiterbewegung* entstand wie ihre europäischen Schwestern als Reaktion auf die Proletarisierung und Ausbeutung der arbeitenden Massen, denen der Besitz ihrer Arbeitsinstrumente entglitten war.

Das alte Ziel der Korrektur dieser Entwicklung wie auch das Ziel der Demokratisierung, der Dezentralisierung der Wirtschaft – und wer weiss auch ihrer Ökologisierung – hat Anknüpfungspunkte mit dieser in wichtigen westlichen Wirtschaftsgesellschaften feststellbaren Tendenz. Vor allem aber ist ein direkter Bezug zu unserem eigenen Programm von Lugano gegeben.

Die Wirtschaftskommission der SPS fragt sich nun, welche Instrumente zu entwickeln sind (steuerliche, 2. Säule, Sparförderung, Zinserlass, Hilfsstäbe für Übernahmen, staatliche Garantiesysteme) und welchen Aufwand und welcher Anteil ihrer Energie hier hineingelegt werden soll. Konkret geht es um die folgenden Punkte:

- Stellenwert dieser Politik im Rahmen der SPS.
- Andere Ideen, andere Instrumente?
- Wo sind die Fachleute? Sie sollen sich melden.
- Wie ist das Verhältnis zu den Gewerkschaften?
- Wieviele unternehmerische Effizienz und wieviel Gleichheit ist in solchen Modellen möglich?
- Nimmt sich eine Sektion einer drohenden oder möglichen Übernahme einer Unternehmung an und zieht einen Fall einmal selber durch?

Die Diskussion ist offen, vor allem aber erwünscht.

Wirtschaftspolitische Kommission der SPS